

KOMMENTARE

TV-DUELL

Ernüchterung

VON ANDREAS HERHOLZ, BÜRO BERLIN



Hinterher macht sich Ernüchterung breit. Das TV-Duell hat die hohen Erwartungen bei Weitem nicht erfüllt, sich nicht als der spannende Polit-Thriller entpuppt. Der viel beschworene Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes war das jedenfalls nicht. Kanzlerin Angela Merkel und Kandidat Martin Schulz lieferten keinen Krimi, verzichteten weitgehend auf harte Attacken. Schließlich regieren Union und SPD seit vier Jahren zusammen. Und wer weiß, ob es nicht auch nach der Bundestagswahl am 24. September wieder eine Große Koalition geben wird, mangels Alternative geben muss. Da kann das freundliche, großkoalitionäre Geplänkel vorab im Fernsehstudio ohne Verletzungen und Blessuren nicht schaden.

Zwar konnte Schulz punkten, doch in den Augen der meisten Zuschauerinnen und Zuschauer hat Merkel am Ende das Duell gewonnen. Allerdings: Wichtige Themen wie Bildung, Umwelt, Energie oder Digitalisierung fanden gar nicht statt oder gingen unter. Zu viele Moderatoren, zu wenig Zeit – am Ende bleiben viele Fragen offen.

Und kaum ist das Duell vorbei, schlüpft Merkel auch schon wieder in die Rolle der Krisenmanagerin, die sich beim Gipfel mit den Kommunen um die Diesel-Affäre und die Luftverschmutzung in den Städten kümmert. Herausforderer Schulz dagegen versucht, beim Bierzeltauftritt die Attacken nachzuholen, auf die er im Fernsehstudio verzichtet hat.

Kein Wunder, dass die kleinen Parteien ihre Chance wittern. Bei so viel Harmonie und großen Schnittmengen zwischen Union und SPD werden Linke und Rechte gestärkt, erlebt die FDP als eine Art politisch korrekte Protestpartei ein Comeback, ohne dass man genau weiß, wofür die neuen Liberalen eigentlich wirklich stehen. Die Groko macht vor allem die Opposition und die politischen Ränder stark.

Den Autor erreichen Sie unter forum@infoautor.de

DIESELGIPFEL

Inszenierung

VON RASMUS BUCHSTEINER, BÜRO BERLIN



Knapp drei Wochen vor der Bundestagswahl hat Angela Merkel den Dieseltreffen mit Oberbürgermeistern und Ministerpräsidenten inszeniert, um ein Signal der Handlungsfähigkeit zu setzen. Hatte sich die Kanzlerin doch zuvor scharfe Kritik eingehandelt, dass sie das Thema Diesel erst spät zur Chefsache gemacht hatte. Dass der Bund nun seinen Mobilitätsfonds noch einmal aufstockt, obwohl von den zuvor zugesagten 250 Millionen Euro bisher nicht ein einziger Cent an die betroffenen Kommunen überwiesen wurde, ist wohl tatsächlich dem Wahlkampf geschuldet.

Pendler und Handwerker, die jetzt relativ kurzfristig Diesel-Fahrverbote fürchten müssen, ist mit der neuen Finanzzusage jedenfalls nicht geholfen. Die Umstellung von Busflotten auf Elektrofahrzeuge, mehr Carsharing-Angebote und Ladesäulen für Elektromobile zu fördern, macht Sinn. Aber all das lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen und wird deshalb nicht zu der raschen Stickoxid-Vermindeung führen, die jetzt in Dutzenden Städten und Ballungsräumen dringend benötigt wird. Das Gleiche gilt auch für Software-Updates und Umtauschprämien der Automobilindustrie. Jetzt rächt sich die Untätigkeit der Politik, die jahrelang die Gesundheitsgefahren durch von Diesel-Fahrzeugen verursachte dicke Luft in den Innenstädten ignoriert hat. Darüber kann ein Kanzleramts-Gipfel im Wahlkampf-Endspurt nicht hinwegtäuschen.

Den Autor erreichen Sie unter forum@infoautor.de

REDEVERBOT FÜR GAULAND

Falscher Weg

VON HERMANN GRÖBLINGHOFF



Die AfD mag umstritten sein. Und sie polarisiert, vor allem in Person ihres Spitzenkandidaten Alexander Gauland. Jüngst hatte er mit seiner Äußerung, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), in Anatolien entsorgen zu wollen, zu Recht viel Kritik einstecken müssen.

Doch daraus den Schluss zu ziehen (wie es die Stadt Nürnberg jetzt getan hat), dem Politiker ein Redeverbot zu erteilen, ist der völlig falsche Weg. Diese Partei, ob man sie nun mag oder nicht, gehört mittlerweile zum deutschen Parteienspektrum und wird, glaubt man den Umfragen, in den nächsten Bundestag einziehen. Das heißt: Hunderttausende Menschen werden sie wählen.

Der richtige Weg führt über die inhaltliche Auseinandersetzung. Gefordert sind die anderen Parteien. Sie müssen dem Wähler derart überzeugende Angebote machen, dass er sein Kreuz nicht bei der AfD macht. Tut er es doch, waren CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP etc. nicht überzeugend.

Den Autor erreichen Sie unter Groeblichhoff@infoautor.de

Leserzuschriften auch an: leserforum@NWZmedien.de

SO SIEHT ES HORST HAITZINGER



... dass ich die Zwei haben darf!

ZEICHNUNG: HORST HAITZINGER

LESERFORUM

Wahlplakate lenken nur ab

Betrifft: „Wahl-O-Mat wieder online“, Nachrichten, 31. August

Wahl-O-Mat – eine tolle Sache, wer denn online gehen kann. Stellt sich die Frage, warum werden dann noch zusätzlich übergroße Werbeplakate an Straßen aufgestellt und in einiger Höhe an Lichtmasten angebracht. Für mich sind das überflüssige Geldausgaben, welche sinnvoller angelegt werden können! Wer seine politische Arbeit, welcher Partei auch immer, gut gemacht hat, benötigt eine solche Maßnahme nicht. Außerdem lenken diese Werbeschilder den Autofahrer ab!

Günter Last
Edewecht

„Die Diskussion greift zu kurz“

INTERVIEW Lungenspezialist Dr. Tobias Welte zu Stickoxiden und Fahrverboten

VON THOMAS HASELIER

PROFESSOR DR. TOBIAS WELTE



Professor Dr. Tobias Welte ist Direktor der Klinik für Pneumologie an der Medizinischen Hochschule Hannover, Sprecher des Deutschen Zentrums für Lungenforschung und Vizepräsident der European Respiratory Society (ERS).

FRAGE: Herr Dr. Welte, die Gefährdung durch Stickoxide wird derzeit in Deutschland hitzig debattiert. Von Tausenden Toten Jahr für Jahr ist da gelegentlich die Rede...

WELTE: Da würde mich interessieren, woher diese Zahlen kommen. Meines Wissens gibt es keine einzige belastbare Untersuchung über die gesundheitlichen Folgen und Auswirkungen von Stickoxiden.

FRAGE: Dass Stickoxide schädlich sind, ist aber doch unstrittig.

WELTE: Natürlich, ich will das nicht bagatellisieren. Stickstoffdioxid ist ein Reizgas, das in hoher Konzentration die Lungen schädigen kann. Die Frage ist nur, in welcher Konzentration. Wir haben in den Städten in Deutschland einen Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Aus meiner Sicht ist das ein willkürlich festgesetzter Grenzwert, der mit keinerlei wissenschaftlicher Studie unterlegt ist. Es ist ja kein Zufall, dass wir in Europa unterschiedliche Grenzwerte haben, mal ganz abgesehen von den viel höheren Grenzwerten bei der Arbeitsstättenverordnung.

FRAGE: Wie verlässlich sind denn die Messungen, die jetzt zur Diskussion über Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ge-

führt haben?

WELTE: Es ist doch offensichtlich, dass es sich um punktuell gemessene Werte handelt, die von vielen Faktoren abhängig sind. Eine Inversionswetterlage, die Windstärke, die Temperatur haben sicher größeren Einfluss auf die Messergebnisse als etwa der Verkehr. Die Messungen sind vor allem eines nicht: übertragbar auf größere Gebiete. Stickoxid ist ein flüchtiges Gas, dessen Konzentration sich schon innerhalb weniger Meter verändern dürfte.

FRAGE: Woher kommt dann aus Ihrer Sicht die derzeitige Aufregung über Stickoxide?

WELTE: Das ist sicher eine Folge des Abgaskandals in der Autoindustrie, bei dem es ja in erster Linie um Diesel-Fahrzeuge geht, die als Stickoxid-Produzenten gelten. Die Hysterie erinnert mich aber auch sehr an die Ozon-Debatte vor mehr als zehn Jahren, in deren

Verlauf es ebenfalls Fahrverbots-Forderungen gab. Heute redet kaum noch jemand darüber. Ozon und Stickoxid sind in ihrer Schädlichkeit durchaus vergleichbar, meines Erachtens aber in ihrem Gefährdungspotenzial überschätzt.

FRAGE: Also eigentlich alles bestens?

WELTE: Ganz im Gegenteil. Ich glaube nur, dass die Diskussion über Stickoxide zu kurz greift. Eine viel größere Gefahr droht aus meiner Sicht als Mediziner durch Feinstaub. Und da besonders Feinstaub mit kleinsten Partikeln, die tief in das Lungengewebe eindringen und zu schweren Schäden, auch zu Tumoren, führen können.

FRAGE: Wo sehen Sie da die Ursachen?

WELTE: Natürlich trägt auch der Verkehr dazu bei, aber eben nicht allein. Vor allem sind da nicht in erster Linie

Diesel-Fahrzeuge die Verursacher. Will man mit Fahrverboten reagieren, dürfte dann gar nichts mehr rollen, nicht einmal Elektroautos, die ebenfalls Feinstaub produzieren. Eine größere Feinstaubbelastung gibt es auch im Winter. Inzwischen gilt es ja als schick, zu Hause auch mit Holzpellets zu heizen. Auch das erhöht die Feinstaubkonzentration deutlich. Und zu Silvester mit den vielen Feuerwerken oder auch zu Ostern durch die Osterfeuer steigt die Konzentration ebenfalls stark.

FRAGE: Was also tun?

WELTE: Zunächst einmal sollte man ein bisschen Geld in die Hand nehmen und endlich mal eine wissenschaftlich belastbare Studie über die Gefährdung durch Stickoxide in Auftrag geben. Und dann würde ich insgesamt zu etwas mehr Gelassenheit raten. Die Politik möchte gerne einfache Antworten, die es so nicht immer gibt. Und die Menschen sind verunsichert. Vielleicht sollte man einfach mal bedenken, dass die durchschnittliche Lebenserwartung sich in jedem Jahr um drei Monate erhöht. So schlecht geht es uns also gar nicht. Ich finde es ganz bezeichnend, dass ausgerechnet da in Deutschland, wo es zum ersten Mal eine Fahrverbotsdiskussion gab, die durchschnittliche Lebenserwartung am höchsten ist: in Stuttgart.

Wichtig für Gesellschaft – schlecht bezahlt

FAKTCHECK Verdienstück bei Frauen: Kritiker halten SPD Unredlichkeit vor

VON DANIEL BAUMANN

BERLIN – Die Verdienstück zwischen Mann und Frau beschäftigt auch die Wahlkämpfer. Die SPD schreibt auf ihren Wahlplakaten: „Wer als Frau 100 Prozent leistet, darf nicht 21 Prozent weniger verdienen.“ Der Faktencheck:

Wie kommt die SPD auf die 21-Prozent-Lücke?

Die Sozialdemokraten berufen sich auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes, das Mitte März mitteilte: „Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern bei 21 Prozent.“ Frauen kamen demnach im vergangenen Jahr auf einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von

16,26 Euro, Männer auf 20,71 Euro.

Warum haben Kritiker den Slogan angegriffen?

Sie halten die Zahl für unredlich. Denn sie vergleicht sehr pauschal die Löhne über alle Berufe und Arbeitsplatzanforderungen hinweg. Unter-

24. SEPTEMBER 2017
BUNDESTAGSWAHL

schiede bezüglich der Branchen und Berufe, in denen Frauen und Männer beschäftigt sind, sowie bezüglich der Arbeitsplatzanforderungen (zum Beispiel Qualifikation,

Führungsaufgaben) werden dadurch ignoriert. Es werden also zum Beispiel Frauen, die Teilzeit in schlecht bezahlten Pflegeberufen arbeiten, mit Männern, die Vollzeit als Führungskraft in Hochlohnbranchen wie der Autoindustrie oder dem Finanzwesen arbeiten, miteinander verglichen.

Wie groß sind die Vergütungsunterschiede?

Sie sind erheblich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat das für das Jahr 2014 einmal ausgerechnet. Dazu verglichen die Wissenschaftler die Top-Ten der typischen Frauenberufe (mehr als 70 Prozent Frauenanteil) mit den zehn beliebtesten Männerberufen. Das Ergebnis: Ein

Verdienstunterschied von durchschnittlich 39 Prozent. Ein wesentliches Problem: Frauen sind häufig in sogenannten Care-Berufen tätig: Pflege, Erziehung und Soziales – allesamt wichtige Aufgaben für die Gesellschaft und allesamt schlecht bezahlt.

Und wenn man die Unterschiede rausrechnet?

Nimmt man den sogenannten bereinigten Gender Pay Gap, beträgt die Lohnlücke nur noch sechs Prozent (diese Zahl haben die Statistiker zuletzt für 2014 errechnet).

Daniel Baumann ist Wirtschaftschef der Frankfurter Rundschau und stellt für Journalistico.de Politikeraussagen auf den Prüfstand.